

**Aldi – Kliem – und der Populismus**

Nun ist es offiziell: Die Stiftung Lucas, eine von mehreren Stiftungen der Familie Aldi, hat die Adib GmbH in Bad Langensalza mit 6.000 ha, davon 1.200 ha Eigentum, gegen gekauft. Ausgerechnet vom ehemaligen thüringischen Bauern Präsidenten Klaus Kliem wird sie geführt und jetzt verkauft. Ein Skandal! tönt es jetzt.

Es ist nicht ungewöhnlich, daß sich Stiftungen in der Landwirtschaft engagieren, daß sie Landwirtschaftsbetriebe kaufen, Acker und Grünland kaufen und verpachten, also ihr Stiftungsvermögen quasi mündelsicher oder risikoarm anlegen. Warum darf eine Aldi Stiftung dieses nicht? Der direkte Käufer Boscor ist übrigens ein Land- und forstwirtschaftliches Unternehmen mit langer adliger Tradition.

Ist es ein Skandal, wenn Gesellschafter, die durch Arbeit, durch Einkommensverzicht, durch Gewinnverzicht, durch Risiko bei der Kapitalaufnahme für Investitionen und Landkauf zu einem werthaltigen Unternehmensverbund gekommen sind, die geschaffenen Werte am Ende zu Geld machen und damit den bisherigen schmalen Rentenanspruch aufbessern? Nach Berechnung des Mecklenburger Bauernverbands wurde bei der Sozialversicherung seit der Wende ein Rentenanrecht von 250 - 280 € erworben.

Im Übrigen ist der Verkäufer nicht nur „der Kliem“ und seine Familie, sondern alle Gesellschafter die sich gemeinsam sich zum Verkauf entschlossen haben.

Im Übrigen fließt, im Gegensatz zur populistsichen ministeriellen Meinungen kein Geld aus der Region ab, es fließt Geld in die Region hinein durch den Beteiligungsverkauf. Die Veräußerungsgewinne sind zum größten Teil steuerpflichtig, die Verkäufer geben dieses Geld in der Regel wiederum in ihrer Region aus, der Kaufpreis fließt also wieder in die Region. Daß sich jemand von einem Teil des Verkaufserlöses eine Finca in Andalusien oder auf Mallorca kauft, liegt im Bereich des unwahrscheinlichen.

Das Verkaufsproblem aller Rechtsformen, insbesondere derer, die durch LPG-Umwandlung entstanden sind, resultiert daraus, daß sie sich mit Eigentumsland sozusagen vollgesogen haben. Derart vollgesogen, daß bei einem Verkauf weder ein normaler Landwirt noch ein Mitglied des Unternehmens in der Lage ist, einen marktgerechten Kaufpreis zu zahlen. Vor diesem Hintergrund erinnert die Empörung des AbL an die historische Zerschlagung von Großbetrieben. Eine zweite Bodenreform?

Wenn man von Skandal sprechen will, dann sollte man sich eher den Bereich der Agrar-Genossenschaften ansehen. Scheidet ein Genossenschaftsmitglied aus, dann erhält er nicht wie in anderen Rechtsformen den wirklichen Wert seiner Beteilung, sondern nur seinen Geschäftsanteil und einen eventuell mickrigen Beteiligungsfond: Genossenschaftsrechtlich ist das sauber. Ungerecht besonders dann, wenn in einem überschaubaren Zeitraum danach die verbliebenen Genossen alles zu Geld machen. Es ist sogar schwer anzufechten, wenn Mitglieder auf Basis der Satzung zuvor die Genossenschaft verlassen mußten, damit der spätere Verkaufserlös auf wenige Köpfe aufgeteilt werden kann. Um diese Konstellation zu vermeiden, wäre es mit der richtigen Beratung möglich, daß zu früh ausgeschiedene Mitglieder bei einem späteren Verkauf nicht leer ausgehen.

Ein genossenschaftliches Problem liegt bei den Prüfungsverbänden, die ihre Prüfungsprüfungsentgelte oft mit Beratung aufpäppeln – vergleichbar mit den Wirtschaftsprüfungsgesellschaft großer Aktiengesellschaften, wie es jetzt bei der skandalumwitterten Wirecard offensichtlich wurde. Verbände handeln, so die Kritik, im Sinne der Genossenschaft und nicht der Genossen. Gewinne werden oft vor den Mitgliedern versteckt statt sie auszuschütten, es werden munter Rücklagen gebildet, die in Landkäufe investiert und als Kreditunterlagen für weitere Landkäufe genutzt werden.

In der Vergangenheit hätte es sehr wohl intelligente Lösung gegeben und gibt es mit der richtigen Beratung auch heute noch, um Mitglieder reicher zu machen, trotzdem die Genossenschaft durch den Erwerb von Agrarflächen zu stabilisieren und beim Verkauf einen bezahlbaren Preis bilden zu können, damit Mitglieder der Genossenschaft oder ortsansässige oder ortsferne Landwirte, diesen Betrieb erwerben und fortführen können. Dann bräuchte man keine kapitalkräftigen Investoren mehr.

# Die ostdeutschen Landwirtschaftsminister machen es sich populistisch zu einfach, wenn sie seit Jahren auf die vermeintlich landwirtschaftsfernen Investoren einprügeln und immer wieder über Gesetze reden, um den Erwerb durch zahlungskräftige Investoren zu verhindern. Hier wird ganz einfach Ursache und Wirkung verkannt. Das LwAnpG hatte das Ziel, kollektives Vermögen der LPG zu persönlichem Vermögen zu machen. Und jetzt will man den Erfolg der Vermögensentwicklung der Mitglieder über Beschränkungen sozusagen in Teilen enteignen. Verkehrte Agrarpoitik.